



Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen

SUBVENTIONEN

Organisierte Geheimniskrämerei

Wegen der mit dem beabsichtigten Börsengang des nordrhein-westfälischen Industriekonzerns RAG verbundenen Risiken für die Steuerzahler haben die Grünen die Landesregierung in Düsseldorf verklagt. Sie fühlen sich nicht hinreichend über die finanziellen Zusagen für die Steinkohle informiert. „Wir Abgeordnete sollen über Subventionsmilliarden entscheiden und bekommen mit Verweis auf Geschäftsge-

heimnisse der RAG nicht die kompletten Zahlen vorgelegt“, sagt Reiner Priggen, Fraktionsvize und anerkannter Fachmann in Sachen Kohle. Ihn ärgert „organisierte Geheimniskrämerei und Intransparenz“, die sich auch unter der schwarz-gelben Landesregierung nicht geändert habe. Das Recht auf Information will Priggen jetzt mit einer sogenannten Organklage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster erstreiten.

MONOPOLE

Hessen geht gegen Wasserversorger vor

Der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) will einen großen Teil der Wasserversorgungsunternehmen des Bundeslandes zu massiven Preissenkungen zwingen. Gegen acht Unternehmen hat Rhiels Ministerium in seiner Eigenschaft als Landeskartellbehörde Verfahren wegen Verdachts auf überhöhte Preise eingeleitet. Neben kommunalen Versorgern in Kassel und Mittelhessen zielt Rhiel auch auf die Frankfurter Mainova AG, die weite Teile des Rhein-Main-Gebiets mit Trinkwasser be-

liefert. Kritiker glauben seit langem, dass einige Versorgungsunternehmen ihre Monopolstellung ausnutzen, um bis zu einem Drittel überhöhte Preise und

Gebühren durchzusetzen. Die Städtischen Werke in Kassel weisen den Vorwurf zurück. Die Mainova AG wollte sich am vergangenen Freitag nicht dazu äußern. Schon vor der aktuellen Initiative gegen die acht Wasserversorger haben drei hessische Wasserunternehmen auf Druck des Ministeriums ihre Preise freiwillig um zweistellige Prozentsätze reduziert.



Mainova-Zentrale

OSTFÖRDERUNG

Weniger Missbrauch

In Ostdeutschland wurden im vergangenen Jahr deutlich weniger Mittel aus dem Solidarpakt zweckentfremdet ausgegeben als in den Jahren zuvor. Nach einer bisher unveröffentlichten Studie des Dresdner Finanzwissenschaftlers Helmut Seitz wurden 87 Prozent der achteinhalb Milliarden Euro Bundeszahlungen korrekt für Investitionen verwendet. 1,1 Milliarden Euro flossen zweckwidrig in laufende Ausgaben etwa für Personal und die Rückzahlung von Schulden. Im Jahr zuvor waren es noch über 3 Milliarden Euro, die die ostdeutschen Länder zum Stopfen von Haushaltslöchern umleiteten. Den Rückgang führt Seitz zum einen auf das deutlich höhere Steueraufkommen zurück, zum anderen habe aber auch die Ausgabendisziplin der Länder beträchtlich zugenommen. Neben Sachsen, schon in den Jahren zuvor Musterknabe bei der Haushaltsdisziplin, hat der Studie zufolge erstmals auch Mecklenburg-Vorpommern die Solidarpaktgelder wie vorgeschrieben investiert. Eine Trendwende verzeichnet der Wissenschaftler auch in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Am deutlichsten ist der Rückgang in Brandenburg zu beobachten. Dort sank die Fehlverwendungsquote von 41 Prozent im Jahre 2005 auf 8 Prozent im vergangenen Jahr.

Nachgefragt

Mehr Stammzellen

„Für weitere Forschungen verlangen Wissenschaftler eine Änderung des Stammzellgesetzes, um den Import neuer Stammzellen zu ermöglichen. Sind Sie für eine Gesetzesänderung?“

JA

65 %

NEIN 27 %

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 30. April und 1. Mai; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe